

dass sich Men-
ative Ordnungen
welchen Normen
? Die Frage nach

Volker Caspari, Bertram Schefold (Hg.)

WOHIN STEUERT DIE ÖKONOMISCHE WISSENSCHAFT?

Ein Methodenstreit in der Volkswirtschaftslehre

ich unterschied-
gungsweisen von
entwickelt haben.
on neuer interna-
sordnungen ge-

NORMATIVE ORDERS

campus

Wohin steuert die ökonomische Wissenschaft?

Normative Orders

Schriften des Exzellenzclusters »Die Herausbildung normativer Ordnungen«
der Goethe-Universität, Frankfurt am Main

Herausgegeben von Rainer Forst und Klaus Günther

Band 3

Volker Caspari ist Professor für Wirtschaftstheorie an der TU Darmstadt.
Bertram Schefold ist Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere
Wirtschaftstheorie, an der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main.

Volker Caspari, Bertram Schefold (Hg.)

Wohin steuert die ökonomische Wissenschaft?

Ein Methodenstreit in der Volkswirtschaftslehre

Campus Verlag
Frankfurt/New York

© Campus Verlag GmbH

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.
Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-593-39383-4

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2011 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag, Frankfurt am Main

Druck und Bindung: Beltz Druckpartner, Hemsbach

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: www.campus.de

© Campus Verlag GmbH

Inhalt

Vorwort: Die normative Ordnung der Wirtschaft <i>Rainer Forst und Klaus Günther</i>	7
I. Einleitung	11
II. Wissenskultur und Wissensgesellschaft	
Ökonomisierung der Wissensgesellschaft <i>Bertram Schefold</i>	21
Prekäre Verhältnisse? Wirtschaftssoziologie und Sozialökonomie auf der Suche nach der verlorenen Einheit <i>Andrea Maurer</i>	59
III. Ökonomisches Curriculum	
Wirtschaftspolitik im volkswirtschaftlichen Curriculum – Glanzlicht oder Auslaufmodell? <i>Rainer Klump</i>	89
Das volkswirtschaftliche Curriculum und das angelsächsische Modell <i>Keith Tribe</i>	109
IV. Methodenpluralismus und Exemplarische Anwendungen	
Vom Glück und von Gärten – Moderne Ordnungsökonomik und die normativen Grundlagen der Gesellschaft <i>Nils Goldschmidt</i>	145

Ordnungsökonomik und moderne Institutionenökonomik <i>Manfred E. Streit</i>	167
Zur (unberechtigten) Kritik an der ökonomischen Prognostik <i>Volker Caspari</i>	179
Zur Bildung von Blasen im Fach und was man dagegen tun kann: Plädoyer für eine solide Ausbildung in Theorie- und Wirtschaftsgeschichte <i>Heinz D. Kurz</i>	191
Homo Oeconomicus Adaptivus – Die Logik des Handelns bei veränderlichen Präferenzen <i>Carl Christian von Weizsäcker</i>	221
V. Diskussionsbeiträge	
Zum Neueren Methodenstreit – Rückblick und Ausblick <i>Rüdiger Bachmann</i>	259
Rettet die Volkswirtschaftslehre an den Universitäten: Zum Aufruf der 83 VWL-Professoren <i>Roland Vaubel</i>	269
Anhang	
Aufruf vom 5. Mai 2009 in der <i>FAZ</i>	277
Aufruf vom 8. Juni 2009 im <i>Handelsblatt</i>	280
Podiumsdiskussion 19. Februar 2010 (Transkription)	284
Autorinnen und Autoren	316

Vorwort:

Die normative Ordnung der Wirtschaft

Die Finanzkrise der letzten Jahre hat einmal mehr vor Augen geführt, dass wir in einer Zeit tiefgreifender und rapider gesellschaftlicher Veränderungen leben, die mit vielfältigen sozialen Auseinandersetzungen – um eine gerechte »Weltwirtschaftsordnung« angesichts knapper Ressourcen und systemischer Risiken, des Klimawandels oder kriegerischer Konflikte – verbunden sind. Es stellen sich damit Herausforderungen neuer Art, die mit herkömmlichen Ordnungsvorstellungen nicht beantwortet werden können, und dies insbesondere aus dem Grund, dass diese Krisen und Konflikte die nationalen Grenzen überschreiten und transnationale Lösungen erforderlich machen. Dafür aber scheinen uns die Begriffe und Theorien zu fehlen. Diese Herausforderungen, Prozesse und Konflikte mit angemessenen Mitteln zu analysieren, hat sich der Frankfurter Forschungscluster unter dem Gesichtspunkt der »Herausbildung normativer Ordnungen« zur Aufgabe gemacht, und zwar in der Überzeugung, dass die Vielfalt der Probleme eine interdisziplinäre Zusammenarbeit nötig macht, die die Philosophie, die Sozialwissenschaften, die Geschichts- und Rechtswissenschaften sowie die Ethnologie und die Religionswissenschaft ebenso einbezieht wie – nicht zuletzt – die Ökonomie.

Normative Ordnungen werden in unseren Forschungen als »Rechtfertigungsordnungen« bezeichnet, die in historisch gewachsene und lokal variierende »Rechtfertigungsnarrative« eingebettet sind. Sie zeichnen bestimmte Legitimationen aus, wobei Normen und Werte verschiedenster Art auf spannungsreiche oder konflikthafte Weise ineinander greifen. Gemeinsame Basis der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die sich mit diesen Themen befassen, bleibt bei aller gewünschten und gelebten Pluralität wissenschaftlicher Perspektiven und Methoden die Betonung des internen, des normativen Standpunkts der Teilnehmer an sozialen Praktiken und Institutionen. Damit schließt der Cluster auf innovative Weise an die Frankfurter Tradition der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung an, um sich den wissenschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft zu stellen.

Dass die Ökonomie eine Wissenschaft ist, die es mit normativen Ordnungen in diesem Sinne zu tun hat, hätte zu früheren Zeiten niemanden überrascht, denkt man an die Klassiker dieser Wissenschaft. Doch wie der vorliegende Band zeigt, stößt man mit dieser Frage heute auf einen Methodenstreit, in dem es darum geht, in welchem Sinne die Wissenschaft von der Wirtschaft die Wissenschaft von einer Ordnung ist, die nicht nur eigenen Gesetzen folgt, sondern noch immer eine Ordnung des Handelns ist, die gesellschaftliche Ziele und Grundsätze, am vornehmsten das Prinzip der Gerechtigkeit, zur Grundlage hat. Kann sie in ihren Prämissen das soziale Handeln, das auf solche Grundsätze abzielt, noch unterbringen? Und welches Bild macht sie sich von der Beziehung dieser Prinzipien zur Funktionslogik des ökonomischen Systems? Versteht sie sich auch als eine politische Wissenschaft, die über die Möglichkeiten und Ziele von Wirtschaftspolitik nachdenkt? Was heißt es, eine »Wirtschaftsordnung« zum Gegenstand wissenschaftlicher Betrachtung zu machen; ist sie nicht immer auch eine Ordnung des Handelns, der Grundsätze und der Werte – und muss man hier nicht an die vielfältigen Bedeutungen von »Wert« erinnern, die in dieser Wissenschaft eine Rolle spielen?

Wie sich die Ökonomie die Genese von Normen vorstellte und vorstellt, war das Thema eines Forschungsprojekts des Clusters, das die Kollegen Volker Caspari, Rainer Klump und Bertram Schefold verantworteten, und in diesem Rahmen nahmen sie sich auf einer Tagung der Frage nach den metawissenschaftlichen Grundlagen im aktuell ausgetragenen »Neuen Methodenstreit« innerhalb der Wirtschaftswissenschaften an. Die Beiträge, die in diesem Band versammelt sind, situieren diesen Streit historisch und in seinen vielfältigen Bezügen, auch anhand einer Diskussion der volkswirtschaftlichen Curricula – wenn man so will, einer besonderen Form akademischer normativer Ordnung. Hier zeigt sich, inwiefern es die Teilnahme an sozialen normativen Ordnungen immer wieder nötig macht, auch die Ordnung der eigenen Wissenschaft zu überdenken. So öffnen die Herausgeber mit diesen Fragen auch die Volkswirtschaftslehre für die anderen Disziplinen des Frankfurter Clusters und dokumentieren die Produktivität der Einbindung in einen interdisziplinären Diskurs.

Der vorliegende Band bildet den 3. Band der Reihe »Normative Orders«, in der zentrale Tagungen und Vorlesungsreihen, die die interdisziplinäre Arbeit des Clusters repräsentieren, dokumentiert werden. Frau Dr. Judith Wilke-Primavesi vom Campus Verlag möchten wir an dieser Stelle für die gute Zusammenarbeit danken. Schließlich ein herzliches Wort des Dankes an die

Organisatoren der Tagung und die Herausgeber des Bandes, Volker Caspari und Bertram Schefold, und an alle, die seinerzeit zum Gelingen des Workshops und anschließend zum Zustandekommen dieses Bandes beigetragen haben.

Frankfurt am Main, im Februar 2011

Rainer Forst und Klaus Günther

Sprecher des Exzellenzclusters »Die Herausbildung normativer Ordnungen«

I. Einleitung

In der deutschen akademischen Volkswirtschaftslehre war im Jahr 2009 eine Debatte über die Ausrichtung und die Methoden des Faches entstanden. Seit einigen Jahren garte es bereits. Die Abstimmung der Studierenden mit den Füßen, d.h. die Entscheidung, lieber Betriebs- als Volkswirtschaftslehre zu studieren, hatte zu einem Rückbau volkswirtschaftlicher zu Gunsten betriebswirtschaftlicher Lehrstühle geführt. Die Kritiker einer analytisch-mathematischen Ausbildung in der Volkswirtschaftslehre sahen ihre Überzeugung, die Volkswirtschaftslehre verliere ihre wirtschaftspolitische Relevanz, durch das Abstimmungsverhalten der Studienanfänger bestätigt. Mit dem Generationenwechsel in der Professorenschaft nahm der Einfluss der sich am amerikanischen Mainstream orientierenden deutschen Ökonomen jedoch schrittweise zu, und so fühlten sich die Vertreter der deutschen Ordnungsökonomik zunehmend an den Rand gedrängt. Ein scheinbar äußerlicher Auslöser dieses »Neuen Methodenstreits« war der Plan der Kölner Universität – einer der Bastionen der Ordnungsökonomik – ihre Lehrstühle für Wirtschaftspolitik umzuwidmen, um einen »international wettbewerbsfähigen« Forschungsschwerpunkt für Makroökonomik zu schaffen. Der Plan geriet schnell in die Öffentlichkeit und kulminierte in einem von 83 Professoren unterzeichneten Aufruf in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (05.05.2009) zur Rettung der Wirtschaftspolitik an den deutschen Universitäten. Beantwortet wurde dieser durch einen von 188 Ökonomen unterzeichneten und im *Handelsblatt* veröffentlichten Gegenaufruf »Baut die deutsche VWL nach internationalen Standards um!« (08.06.09), in dem für einen am amerikanischen Modell ausgerichteten »Dreiklang« der Ausbildung – Mikroökonomik, Makroökonomik und Ökonometrie – plädiert wurde.¹ In dieser vorwiegend im *Handelsblatt* und in der *FAZ* ausgetragenen Auseinandersetzung ging es nicht um konkrete Problemstellungen, wie z.B. die Bekämpfung der seinerzeit gerade ausgebrochenen Finanzmarktkrise, sondern um

¹ Beide Aufrufe sind im Anhang abgedruckt.

die Frage, ob und wie das Fach Wirtschaftspolitik in volkswirtschaftlichen Curricula noch einen Platz finden sollte. Damit wurden die Ausrichtung und Normung der volkswirtschaftlichen Forschung und Lehre an deutschen Universitäten selbst zum Gegenstand.

Die in der öffentlichen Debatte aufgeworfenen Fragen der inhaltlichen und methodischen Ausrichtung des Fachs »Volkswirtschaftslehre« führte im Kreis der Forschungsgruppe »Genese von Normen in der ökonomischen Wissenschaft: Robinsonaden, Werturteilsstreit und Ordoliberalismus«² zu einer intensiveren Erörterung der erkenntnistheoretischen Hintergründe der aktuellen Diskussionen. Ist die deutsche Volkswirtschaftslehre tatsächlich dem durch von Mises und von Hayek begründeten Apriorismus gefolgt und hat sich im Sinne von Kempsskis zu einer normativ-analytischen Gesetzeswissenschaft entwickelt, gegen die man noch immer den Vorwurf des Modellplatonismus erheben darf? Oder hat sich in den deutschen volkswirtschaftlichen Fakultäten und Instituten nicht viel eher in der Verbindung von ökonomischer Theorie und Ökonometrie eine empirisch-analytische Tradition herausgebildet, die sich weit mehr dem Popperschen kritischen Rationalismus als dem Hayekschen Apriorismus verpflichtet fühlt? Ist dabei die Wirtschaftspolitik sozusagen »auf der Strecke geblieben«? Dies kann eigentlich so nicht vorbehaltlos bejaht werden, denn die empirischen Analysen, die sich ökonometrischer Methoden bedienen, gehen in der Regel von wirtschaftspolitisch relevanten Fragestellung aus und behandeln höchst selten Probleme aus Wolkenkuckucksheim. Wo aber werden die Fragen nach der Wirtschaftsordnung bzw. nach dem Wirtschaftssystem behandelt? Wie greifen Werteordnungen (Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit), Gesellschaftsordnung und Wirtschaftsordnungen ineinander? Wie begründet man Eigentumsrechte? Diese Fragen sind nicht mit Hilfe der empirisch-quantitativen Methoden zu beantworten. Soll sich die Volkswirtschaftslehre deshalb bei der Behandlung dieser Fragen für nicht zuständig erklären? Entschlösse man sich hierzu, wäre nicht nur der Bruch mit den sozialwissenschaftlichen Nach-

2 Die Forschergruppe arbeitet im Rahmen des Exzellenzclusters »Die Herausbildung normativer Ordnungen« an der Johann-Wolfgang-Goethe Universität Frankfurt am Main. Johannes Glaeser arbeitet an einem Dissertationsprojekt zu »Werturteile und Normengenese in der deutschen sozioökonomischen Diskussion im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert«, wobei es im wesentlichen um die theoriegeschichtliche Aufarbeitung des *Werturteilsstreits* geht. Der Arbeitstitel der Dissertation von Matthias Lennig lautet »From Justice to Efficiency: Essays on Two Normative Concepts in the History of Economic Thought«. Manuel Wörsdörfers Dissertation soll demnächst unter dem Titel »Die normativen und wirtschaftsethischen Grundlagen des Ordoliberalismus« erscheinen.

bardisziplinen (Soziologie, Jurisprudenz und Politologie) endgültig vollzogen, man würde sich auch aus wesentlichen Fragen der wirtschaftspolitischen Praxis verabschieden und den Nachbardisziplinen das Feld überlassen.

Ein Blick in die Geschichte der Volkswirtschaftslehre zeigt, dass solche Fragen keineswegs neu sind. So wurde z.B. vor und nach der Weltwirtschaftskrise in der Weimarer Republik die Reflexion wirtschaftspolitischer Optionen vor dem Hintergrund unterschiedlicher ökonomischer Paradigmen geführt. Zu diesen Strömungen zählten seinerzeit die Historische Schule, die Österreichische Schule wie auch Vertreter, die sich im Anschluss an die englische Klassik der »isolierenden Methode« annäherten und sich »Ricardianer« nannten.

In dem Workshop »Normen in der Volkswirtschaftslehre – Normung des volkswirtschaftlichen Curriculums« wurde den Grundlagen der jeweiligen Positionen im »Neuen Methodenstreit« aus erkenntnistheoretischer und theoriegeschichtlicher Perspektive nachgegangen. Die Tagung fand vom 18. bis 19. Februar 2010 an der Johann-Wolfgang-Goethe Universität Frankfurt am Main im Rahmen der Aktivitäten des Exzellenzclusters »Die Herausbildung normativer Ordnungen« statt, dessen Ziele Rainer Forst und Klaus Günther im Vorwort diesen Bandes beschreiben. Die Tagung war öffentlich und gut besucht. Vorträge wurden durch Volker Caspari, Johannes Glaeser, Rainer Klump, Heinz Kurz, Michael Lennig, Andrea Maurer, Bertram Schefold, Ekkehart Schlicht, Keith Tribe und Carl Christian von Weizsäcker gehalten. Der Beitrag von Manfred E. Streit wurde stellvertretend durch Volker Caspari besprochen. Zu den weiteren Teilnehmern des Workshops zählten Rüdiger Bachmann, Nils Goldschmidt, Bert Rürup und Roland Vaubel. Ein Großteil der von den einzelnen Fachvertretern gehaltenen Referate wurde schriftlich ausgearbeitet. Sie liegen neu geordnet und in einen allgemeinen Zusammenhang gestellt in diesem Band vor. An der den Workshop anschließenden Podiumsdiskussion waren etwa 200 Gäste anwesend. Eine Dokumentation des Diskussionsverlaufs befindet sich im Anhang.

Im ersten Kapitel des Buchs (Abschnitt II) geht es um die Umbrüche der akademischen Kultur in der modernen Wissensgesellschaft und um das Verhältnis der Ökonomie zu ihren gesellschaftswissenschaftlichen Nachbardisziplinen. Es folgen in Abschnitt III zwei Reflexionen über die ökonomischen Curricula in der Gegenüberstellung der deutsch-kontinentalen und der angelsächsischen Entwicklungen. Den Hauptteil (Abschnitt IV) bilden fünf Arbeiten zum Methodenpluralismus aus verschiedenen Perspektiven, die teils systematisch, teils exemplarisch eine bestimmte Heran-

gehensweise zu begründen und zu rechtfertigen suchen. In Abschnitt V folgen die Positionsbestimmungen der zwei Hauptprotagonisten und Initiatoren der Aufrufe: Rüdiger Bachmann fasst rückblickend seine Position zu den in der Methodendebatte aufgeworfenen Fragen zusammen. In einem anschließenden Ausblick prophezeit Bachmann, dass DSGE (*Dynamic Stochastic General Equilibrium*) als Modellierungsparadigma gestärkt aus der Krise hervorgehen werde. Roland Vaubel erläutert und vertritt die Thesen, die mit dem Aufruf der 83 VWL Professoren in die Öffentlichkeit getragen und zur Diskussion gestellt wurden. Im Anschluss nimmt er zu den Missverständnissen Stellung, die sich aus seiner Sicht im Zuge der Ausweitung der Diskussion in Presse und Öffentlichkeit ergeben haben. Im Anhang befinden sich abschließend die Aufrufe, wie sie im *Handelsblatt* und der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschienen sind, und die Transkription der Podiumsdiskussion.

Im folgenden werden die Einzelbeiträge zusammengefasst:

Bertram Schefold diskutiert in seinem Beitrag »Die Ökonomisierung der Wissensgesellschaft« die Möglichkeiten und Grenzen einer Wissensorientierten Wirtschaft. Hierzu gibt er einen historischen Abriss der Wissensorientierten Wirtschaften von der Antike bis zur Gegenwart. Die monetäre Bewertung von Wissen betrachtet Schefold nicht grundsätzlich als effizient. Das von der EU geförderte Projekt der »Wissensorientierten Wirtschaft« laufe auf eine Verengung der Forschungsförderung hinaus, die das kulturelle Erbe vernachlässigt. Schefold ruft dazu auf, sich einer humanistischen Wissensorientierten Wirtschaft zuzuwenden, die sich der Relativität des Wissens und der Ziele wieder bewusst wird.

In ihrem Beitrag »Prekäre Verhältnisse? Wirtschaftssoziologie und Sozialökonomie auf der Suche nach der verlorenen Einheit« thematisiert Andrea Maurer das Verhältnis der Soziologie zur Wirtschaftswissenschaft. Sie zeichnet die historische Ausdifferenzierung und Arbeitsteilung der beiden Disziplinen nach. In Anknüpfung an die Sozialökonomie und die verstehende Soziologie Max Webers vertritt Frau Maurer die Position einer integrativen Sozialwissenschaft, indem sie zu zeigen versucht, wie unter einem gemeinsamen methodologischen Dach soziologische Perspektiven auf und Erklärungen von Wirtschaft gewonnen werden können.

In »Wirtschaftspolitik im volkswirtschaftlichen Curriculum – Glanzlicht oder Auslaufmodell« diskutiert Rainer Klump Geschichte und Zukunft des volkswirtschaftlichen Faches Wirtschaftspolitik. Beginnend mit den Anfängen im Absolutismus des 17. und 18. Jahrhunderts über das goldene Zeitalter nach dem zweiten Weltkrieg bis zu seiner schrittweisen Marginalisierung –

unter anderem im Zuge des Bologna-Prozesses – zeichnet Klump die Geschichte des Faches Wirtschaftspolitik nach. Heute stehe die ökonomische Wissenschaft vor der Frage, ob die Ökonomie nur eine Lehre der Effizienz oder auch die Lehre von der Gerechtigkeit sei. Fragen einer gerechten Gesellschaftsordnung und der Wirtschaftspolitik müssten in das ökonomische Curriculum integriert werden.

Keith Tribe ordnet anschließend die deutschen Bemühungen der Anpassung der universitären Curricula im Zuge des Bologna-Prozesses in den internationalen Kontext ein. »Das volkswirtschaftliche Curriculum und das angelsächsische Modell« stellt dar, dass von dem vielzitierten »angelsächsischen Vorbild« in der Realität keine Rede sein kann. US-amerikanisches und britische Systeme unterscheiden sich maßgeblich vor dem Hintergrund einer je individuellen Entstehungsgeschichte. *Tribe* empfiehlt, die deutsche Diskussion am amerikanischen Vorbild auszurichten und spricht dagegen von dem britischen System als einem »zum Scheitern verurteilten Modell«.

In seinem Aufsatz »Vom Glück und von Gärten: Moderne Ordnungsökonomik und die normativen Grundlagen der Gesellschaft« thematisiert *Nils Goldschmidt* die Genese von Normen in den Wirtschaftswissenschaften am Beispiel des Ordoliberalismus. Ordnungsökonomik, als Gestaltung von Spielregeln und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, wird von Goldschmidt auch als normative Disziplin eingeführt. Die Frage nach einer für moderne Gesellschaften tragfähigen normativen Leitidee versucht er durch einen Rückgriff auf ordoliberale Denker (Rüstow) zu beantworten. In Abgrenzung zu Effizienz- und Glücksfaktoren wird für eine auf Inklusion und Verwirklichungschancen der Menschen ausgerichtete Vitalpolitik plädiert. Als normatives Begründungskriterium sozial- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen verweist Goldschmidt auf die »Zustimmungsfähigkeit« als heuristisches Mittel.

Manfred E. Streit zeichnet den Weg vom Ordnungsdenken der Freiburger Schule zur Institutionenökonomik von North und Williamson. Ordnungspolitik definiert Streit als die Reduzierung von Reibungsverlusten bei der Verfolgung politischer Ziele, wobei er Institutionen (Regeln) als geeignetes Steuerungsinstrument vorstellt. Zur Beantwortung der programmatischen Fragen nach der Entstehung, Veränderung und Normativität von Institutionen verweist Streit auf Arbeiten von Elinor Ostrom, Douglass North und F.A. von Hayek. Die Bedeutung institutioneller Veränderungen wird anhand eines Exkurses der Transformationsprozesse der ehemaligen DDR besprochen.

Anschließend wirft *Volker Caspari* einen Blick auf die »Kritik an der ökonomischen Prognostik«. Die Nachfrage nach ökonomischer Prognosetätigkeit ist enorm gestiegen. Gleichzeitig nimmt auch die öffentliche Kritik an den Vorhersagen der Ökonomen zu, und im Gegenzug ist das Vertrauen der Bevölkerung in die Ökonomenzunft auf einem Minimum angelangt. Als Hilfsinstrument der Wirtschaftspolitik hat die ökonomische Prognostik mit einer Reihe von Problemen zu kämpfen. Allerdings steht es um die Prognosefähigkeit anderer Disziplinen nicht besser. Anhand eines Vergleiches mit der Wettervorhersage zeigt Caspari, dass in Bezug auf die Alltagsrelevanz die BIP-Prognosen der Volkswirte vergleichsweise genau seien.

Meist gehen Ökonomen von funktionierenden Märkten mit einer Tendenz zum Gleichgewicht aus. Es gibt jedoch Ausnahmen. So neigt der Finanzmarkt häufig zu einer Bildung spekulativer Blasen. Ähnlich sei es in der ökonomischen Wissenschaft, argumentiert *Heinz Kurz* in seinem Beitrag »Zur Bildung von Blasen im Fach und was man dagegen tun kann: Plädoyer für eine solide Ausbildung in Theorie- und Wirtschaftsgeschichte«. Anhand von Beispielen belegt Kurz, dass die ökonomische Theoriebildung keinesfalls immer zu einem stetigen Erkenntnisfortschritt tendiere, vielmehr erfinde die Ökonomik das Rad immer wieder aufs Neue, wenn auch im Gewand immer weiter verfeinerter Methoden. Eine solide Ausbildung in Wirtschafts- und Theoriegeschichte könne hingegen der Bildung solcher Blasen entgegenwirken und sei zudem mit einem direkten Vergnügen für Studierende, Forschende und Lehrende verbunden.

Normativität und die ökonomische Vorstellung eines *Homo Oeconomicus* stehen in einem Spannungsverhältnis. *Carl Christian von Weizsäcker* beschreibt in »Homo Oeconomicus Adaptivus – Die Logik des Handelns bei veränderlichen Präferenzen« den Umgang mit dem Konstrukt des *Homo Oeconomicus* in der ökonomischen Theoriegeschichte und in gegenwärtigen Diskussionen. Die normative Ökonomik sei dabei auf die unrealistische Annahme unveränderlicher Präferenzen angewiesen. Demgegenüber entwickelt von Weizsäcker ein Modell adaptiver Präferenzen. Dabei handelt es sich um Präferenzen bezüglich Fortschrittspfaden zwischen Warenkörben anstatt um Präferenzen zwischen den Warenkörben selbst. Dadurch wird es möglich, Konzepte wie Bildung, Lernen und gesellschaftliche Dynamik in die ökonomische Analyse zu integrieren.

Die deutschen Universitäten stehen mit anderen kontinentaleuropäischen in einer Umbruchphase, deren Bedeutung derjenigen der Universitätsreform um 1970 nicht nachsteht. Für die Volkswirtschaftslehre bedeutet dies

eine neue Auseinandersetzung mit ihrer durch die Dominanz der Historischen Schule im neunzehnten Jahrhundert geprägten Geschichte. Die Diskussionen im Workshop und die dadurch induzierten Reflektionen in der Arbeitsgruppe des Exzellenzclusters haben zu neuen Fragestellungen, aber auch zu einer Neubewertung der jüngeren Entwicklung der Volkswirtschaftslehre geführt. Niemand bestreitet, dass eine wissenschaftlich fundierte Wirtschaftspolitik auf quantitative Methoden, wie z.B. Ökonometrie und Statistik, nicht verzichten kann. Alles andere wäre methodisch nicht viel besser als der Blick in die Glaskugel oder das Lesen im Kaffeesatz. Nur darf sich die Volkswirtschaftslehre, bzw. die Wirtschaftspolitik darin nicht erschöpfen. Der wirtschaftende Mensch ist und bleibt eingebettet in ein Rechtssystem, in die Gesellschaft und in eine bestimmte Kultur. Nun hat sich seit dem Mittelalter nicht nur das Ökonomische aus dem normativen Prokrustesbett erhoben, und die Wirkmächtigkeit der gesellschaftlichen und kulturellen (religiösen) Normen auf das Ökonomische ist geringer geworden. Hingegen haben die ökonomischen Begründungsnarrative im gesellschaftlichen Normendiskurs zugenommen (Ökonomisierung der Lebenswelt). Damit erwächst der Volkswirtschaftslehre eine größere gesellschaftliche Verantwortung, der sie sich nicht entziehen darf, indem sie etwa ihre normativen Fundamente ignoriert oder gar negiert. Noch vor 40 Jahren waren angesichts des faktischen Wettbewerbs zwischen sozialistischen Plan- und kapitalistischen Marktwirtschaften die normativen Grundfragen offensichtlich. Natürlich stellte sich die Frage, ob Planwirtschaft und Demokratie vereinbar seien. Mit dem historischen Niedergang der sozialistischen Planwirtschaften rückten diese Fragestellungen aus dem Blickfeld nicht nur der Volkswirtschaftslehre. Wenn jedoch im Zuge des Generationenwechsels die historische Erfahrung sukzessive verblasst, werden die Rufe nach einer anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wieder vernehmbarer werden. Gegenwärtig spielt z.B. der Begriff der »sozialen Gerechtigkeit«, der in einem engen Zusammenhang mit einer tatsächlichen oder nur gefühlten Zunahme der Ungleichheit in der Einkommensverteilung steht, eine wichtige Rolle im öffentlichen Diskurs. Kann die Volkswirtschaftslehre zu dieser Thematik etwas beitragen? Für diese und ähnliche normativen Thematiken muss die universitäre Volkswirtschaftslehre wieder Raum in ihrem Curriculum schaffen, damit ihre Absolventinnen und Absolventen an diesem gesellschaftlichen Diskurs teilnehmen können. Reduziert sie ihr Erkenntnisinteresse auf die instrumentellen Zusammenhänge, wird sie ihre Deutungsmacht an andere

Sozialwissenschaften abgeben und sich auf die Rolle des »Wirtschaftsmeteorologen« beschränken müssen.

Wir schließen, indem wir unseren Mitarbeitern Johannes Glaeser und Matthias Lennig, Promovierende im Rahmen des Exzellenzclusters, herzlich für ihre große Arbeit bei der Vorbereitung und Durchführung der Tagung und für ihre Hilfe bei Ordnung und Durchsicht der Beiträge zu diesem Band danken; ebenso danken wir allen weiteren Helferinnen und Helfern in unserem Institut und in der Verwaltung des Clusters.

Volker Caspari und Bertram Schefold

II. Wissenskultur und Wissensgesellschaft

Ökonomisierung der Wissensgesellschaft

Bertram Schefold

Wer die Diskussion verfolgt, nach welchen Methoden sich die Volkswirtschaftslehre orientieren soll, bemerkt bald, dass hinter der fachspezifischen Auseinandersetzung ein Stilwandel der Wissenschaft steht, der in verwandten Formen das ganze universitäre Leben verändert. Es mag sein, dass er in den Naturwissenschaften als weniger bedrohlich empfunden wird als in einigen Geisteswissenschaften, weil er früher begann und ältere Entwicklungen fortsetzte, aber von Angehörigen der Geisteswissenschaften, zumal der älteren Generation, wird er als grundstürzend empfunden – die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften stehen dazwischen. Da geht es einerseits um neue Strukturen für Lehre und Forschung wie die von der Europäischen Union ausgehenden Bestrebungen zur Studienreform und die Herstellung eines europäischen Forschungsraumes, neue Berufungsverfahren, Messungen der Leistungen anhand von Drittmiteleinwerbung, Messung der Publikationserfolge. Andererseits beobachten wir inhaltliche Veränderungen durch eine verstärkte Orientierung der Forschung an der Praxis, das Vordringen quantitativ-empirischer Methoden in Bereiche, in denen bisher vorwiegend qualitativ argumentiert wurde, neue Formen von wissenschaftlicher Arbeitsteilung und Kooperation, schließlich ein verändertes Verständnis der Bildungsziele der Universität und, dahinter stehend, der Bildung überhaupt. Es ist die akademische Lebenswelt selbst, die sich damit verändert, und das Verhältnis zu ihren Traditionen wird neu bestimmt. Die Anstöße kommen überwiegend von außen; deshalb werden einige Veränderungen als Belästigungen und Beeinträchtigungen akademischer Freiheiten empfunden. In anderen kann man mehr Positives sehen: Wissenschaft scheint der Öffentlichkeit immer wichtiger zu werden, und immer mehr Personen durchlaufen eine universitäre Ausbildung. Immer deutlicher wird jedenfalls die Rivalität der Regionen, Nationen und Machtblöcke als Kampf um Vorsprünge in der wissenschaftlichen Fundierung des technischen Fortschritts und der Herausbildung neuer Institutionen verstanden. Wirtschaftlicher Wettbe-

werb treibt die Transformation voran, aber sie wird auch von einem primär politischen Emanzipationsstreben motiviert: Wenn der Mensch etwas gelten soll, muss er studiert haben. Selbst in diesem neuen Denken liegt eine Ambivalenz. Es scheint sich auf ein Menschenrecht auf Bildung zu gründen, ist aber eigentlich elitär. Demokratischer wäre die Anerkennung auch anderer Leistungen, darunter der Urteilskraft und der kognitiven Fähigkeiten, die sich mit der Familienerziehung, Pflege, Handwerk und jedem mit ernsthafter Hingabe verbundenen Beruf verbinden. Vielen geht es indessen nur um die höheren Löhne, die sich auf einen akademischen Abschluss gründen.

Aus der Fülle der Thematiken, in welche die Fragestellung des Buchs sich eingebettet findet, wähle ich eine übergreifende: die Ökonomisierung der Wissenschaft, die manchmal affirmativ, manchmal kritisch gesehen wird. Man kann sich über das Ausmaß und die Bewertung dieser Tendenz streiten, aber kaum über die Tatsache, dass Wissenschaft im Einklang mit einer politischen Programmatik und der Logik der sozioökonomischen Entwicklung wirtschaftlicher Rationalität im Sinne Webers stärker unterworfen wird als früher, wodurch eben eine an anderen Kriterien orientierte Rationalität – die beispielsweise Gesichtspunkte der Tradition berücksichtigt – beiseite gedrängt wird.¹

1. Der Austausch des Wissens

Wissenskulturen hat es unter Menschen stets gegeben, da es ihn ja auszeichnet, dass er kulturelle Prägungen über mehrere Generationen weitergibt.² Von einer Wissensgesellschaft möchte ich sprechen, wenn sich zur Entwicklung und Tradierung irgendwelcher Wissensinhalte besondere Strukturen arbeitsteilig herausbilden, was sich in traditionsgebundenen Stammesgesellschaften schon abzeichnet und in Schriftkulturen ausgeprägte Formen annimmt. Ein bedeutendes Beispiel für viele: Der große arabische Gelehrte Ibn Khaldun hat in seinem Buch *Muqqadima* im vierzehnten Jahrhundert die klassische Darstellung vom Aufstieg und dem Niedergang der Nationen ge-

1 In verwandten Publikationen (vgl. Schefold, »Einleitung«, in: Weber) habe ich das Thema ebenfalls behandelt und erlaube mir deshalb textliche Übernahmen, die nachfolgend nicht einzeln gekennzeichnet sind.

2 Vgl. Fried/Stolleis (Hg.), *Wissenskulturen*.

geben. Seine Erfahrungen in den maghrebinischen Fürstentümern an der Küste Nordafrikas verallgemeinernd, schilderte er den Niedergang von Staaten, deren führende Dynastien und Oberschichten, an Luxus gewöhnt, ihre Untertanen mit schweren und verschiedenartigen Steuern belasteten, so dass unternehmerisches Handeln entmutigt, das Handwerk geschwächt, die Stadt korumpiert und das Land – die Bauern – übervorteilt wurden. Aber in kargen Steppen und der Wüste sah er Nomadenstämme herumziehen, deren Lebensweise und Stammesverwandtschaft Tapferkeit und Treue begünstigten. War die Stadt schwach geworden, wurde sie von einem Stamm erobert, dessen Häuptling sich zum Fürsten aufschwang. Mit seiner Familie und seinen Anhängern stellte er die Ordnung im Staat wieder her. Dank der mäßigen Ansprüche der neuen herrschenden Schicht wurden die Steuern gesenkt, die Handwerker arbeiteten wieder regelmäßig, die Bauern wurden geschützt und fanden sicheren Absatz, der Handel erschloß den Verkehr mit den benachbarten Ländern, und es setzte ein Wachstumsprozeß ein, bei dem alle gewannen. Aber schließlich ließ sich auch die neue Oberschicht vom Reichtum verführen, sie hob die Steuern und wurde bestechlich. Der neue Niedergang führte zu neuer Eroberung; der ganze Zyklus zog sich über mehrere Generationen hin. Khalduns an scharfsinnigen ökonomischen Beobachtungen überaus reiche Beschreibung verband den Gedanken des Zyklus nicht mit dem eines ihn überlagernden langfristigen Wachstumsprozesses, sondern er entwarf das Bild von Schwankungen um ein im langfristigen Durchschnitt ungefähr konstant zu denkendes Niveau. Nur eines vermehrte sich ständig, wie der arabische Gelehrte emphatisch hervorhob: das in den Bibliotheken gespeicherte Wissen von Religion und Dichtung, von Geschichte, Philosophie und Rechtswissenschaft, von Sprachen, Astronomie und so fort. Dem entsprach der umfassende Charakter seiner eigenen Bildung, die er vor dem neuen Weltenherrscher Timur Lenk (Tamerlan) anlässlich ihrer dramatischen Begegnung 1401 bei der Belagerung von Damaskus ausbreitete. Wie den antiken Philosophen, wie den Mandarinern in China, wie den Gelehrten in noch anderen Schriftkulturen stellte sich Ibn Khaldun das ganze wechselvolle Leben als dienender Unterbau einer in immer mehr Büchern gerinnenden geistigen Entfaltung dar.³

Ganz anders das unvollendete Projekt der modernen Wissenswirtschaft, das wir auf vier Ebenen beschreiben. Hier ist Wissen erstens das Humanka-

3 Vgl. Ibn Khaldun, *Muqaddima*; Schefold, »Aufstieg und Niedergang in der Wirtschaftsentwicklung. Ibn Khalduns sozioökonomische Synthese«; ders., *Beiträge zur ökonomischen Dogmengeschichte*.

pital des Einzelnen: Der Ausbildungsaufwand wird unternommen, um in höhere Einkommensschichten aufzusteigen und aus den Erträgen eine Alterssicherung zu erlangen. Der Begriff »Humankapital«, dem ökonomischen Laien ein Greuel, ist in dieser oder ähnlicher Form unentbehrlich, um Lohnunterschiede zu erklären.⁴ Spezialisiertes Wissen ist zweitens das Mittel der Unternehmen, um mit neuen Produktionsmethoden und Produkten Marktvorteile zu erlangen, die überdurchschnittliche Gewinne ermöglichen, bis Nachahmer gleichzuziehen und zu unterbieten beginnen. Allgemeines Wissen wird drittens gezielt gefördert in nationalen Innovationssystemen. Jedes Land lässt auf seine Weise universitäre Forschung, durch Staat und Stiftungen alimentierte Forschung, durch Subventionen gestützte private Forschung, unternehmenseigene Forschung über Märkte, staatliche und halbstaatliche Forschungseinrichtungen und persönliche Kommunikation (wie beispielsweise an Tagungen) sich verzahnen. Die Traditionen einzelner Länder unterscheiden sich nicht nur im akademischen Bereich, sondern auch durch die Form der Einbettung der Wissenschaft; die nationalen Innovationssysteme weisen ein von auf Einheitlichkeit erpichten internationalen Forschungsorganisationen als hinderlich empfundenen Beharrungsvermögen

4 In seiner für die Humankapitaltheorie bahnbrechenden Presidential Address an die American Economic Association musste Theodore W. Schultz noch entschuldigend bemerken (hier: S. 2): »The mere thought of investment in human beings is offensive to some among us. Our values and beliefs inhibit us from looking upon human beings as capital goods, except in slavery, and this we abhor. ... Hence, to treat human beings as wealth that can be augmented by investment runs counter to deeply held values. It seems to reduce man once again to a mere material component, to something akin to property. And for man to look upon himself as a capital good, even if it did not impair his freedom, may seem to debase him. ... But ... there is nothing in the concept of human wealth contrary to the idea that it exists only for the advantage of people. By investing in themselves, people can enlarge the range of choice available to them. It is one way free men can enhance their welfare.« – Marx führte Lohnratenunterschiede auf die Kosten der Ausbildung »komplizierter Arbeit« zurück. Heute gelten als Ausbildungskosten vor allem die während der Ausbildung entgangenen Einkommen, die ohne diese hätten erzielt werden können; hinzuzurechnen sind sonstige Ausbildungskosten. Als Ertrag kann man das durch die Ausbildung ermöglichte höhere Einkommen bezeichnen. Unter Vernachlässigung anderer Faktoren wie die Minderung des Risikos der Arbeitslosigkeit und sonstiger, konsumtiver Vorteile der Ausbildung gilt dann als private Bildungsrendite der Zinsfuß, bei dem die Kosten den erwarteten Erträgen entsprechen. Als fiskalische Bildungsrendite bezeichnet man die Verzinsung der für einen Studienplatz in einem Bildungsgang eingesetzten staatlichen Aufwendungen, wobei der Ertrag in den durch die höheren Löhne erhöhten Steuern besteht. Bei der Berechnung sozialer Bildungsrenditen versucht man, außerdem externe Effekte zu berücksichtigen. Vgl. Ammermüller/Dohmen, *Private und soziale Erträge von Bildungsinvestitionen*.

auf. Der Wissensaustausch wird viertens global. Er rationalisiert nicht nur, sondern wird selbst auf allen Stufen einem Rationalisierungsprozess unterworfen, dessen Entstehung und Funktionsweise, dessen Folgen für den Wissensbetrieb und für die Gesellschaft wir zu untersuchen haben. Die Ausrichtung der Wissenswirtschaft bedeutet, dass andere Verwendungen des Wissens zur Bildung oder zum kulturellen Genuß als Konsum erscheinen, damit als Abzug von privaten, unternehmerischen, staatlichen und zwischenstaatlichen Erwerbs- und Wachstumszielen.⁵

Historisch besehen erscheint Wissenswirtschaft also als ein Projekt, weil die Subordination unter Ertrags- und Wachstumsziele weder abgeschlossen ist noch allgemein als erwünscht gilt; sie wird sozusagen nie fertig. Ihr Gefühl sagt wohl den meisten, das Wissen entziehe sich monetärer Bemessung. Gewiss ist es kein homogenes ökonomisches Gut und kann nie ganz wie ein solches behandelt werden. In der Theoriegeschichte wird zwar seit alters her von verwandten Begriffen wie Ausbildung, Forschung, Technik gesprochen, aber kaum vom Wissen als solchem, und in der aktuellen Diskussion über die Wissensgesellschaft herrscht eine selbst für die Sozialwissenschaften erstaunlich große und anhaltende Begriffsverwirrung.

Nur Bruchstücke können wir zu ihrer Auflösung sammeln. Wir wollen von der antiken Debatte über den Wert der Bildung über die Schulung und Forschung historisch den Weg zu den erwähnten Innovationssystemen suchen und damit die Genese des Projektes der Wissenswirtschaft verfolgen, um sie zuletzt mit der zu Unrecht als altmodisch angesehenen Frage nach der Bildung in ihre Grenzen zu verweisen.

Der Streit um die Ökonomisierung der Wissenskultur, also um die Anfänge einer Wissenswirtschaft, geht zurück auf die Anfänge abendländischer Wissenschaft. Sokrates, wie er uns in der Apologie, in den Dialogen Platons und im Bericht Xenophons entgegentritt, nahm für die Gespräche mit seinen Jüngern, die doch Wege zur Erkenntnis, zu einem richtigeren und besseren Leben, also eine Unterrichtung darstellten, kein Geld, wohl aber die Sophisten, die Redekünstler. Immer wieder macht sich Platon mit Spott und

⁵ Nach der in der Fußnote zum Humankapital aufgeführten Studie von Ammermüller/Dohmen, *Private und soziale Erträge von Bildungsinvestitionen*, S. 46, liegen die privaten Bildungsrenditen in so gut wie allen Studien über den fiskalischen, was sich durch die Vernachlässigung der externen Effekte rechtfertigen ließe. Die privaten Bildungsrenditen sind besonders niedrig und zum Teil negativ in geisteswissenschaftlichen Fächern, für die Bildung wesentlich »Konsum« bedeutet. Sie sind hoch in der Medizin – besonders Zahnmedizin (über 11%) –, und sie sind ansehnlich in den reinen Naturwissenschaften (ca. 7%), der Jurisprudenz (ca. 9%) und der Betriebswirtschaftslehre (ca. 6%).

Ironie über diese Meister der Überredung lustig, die sich anheischig machen zu zeigen, wie man vor Gericht und der Volksversammlung siegt und die nebenher die verschiedensten Künste, von der Tugendlehre bis zum Fechten in voller Rüstung, vermitteln. Fürchterlich geben sie damit an, – ein Hippias vor allem – wie viel sie von ihren reichen Schülern einnehmen und wie man dank ihrem Unterricht in ganz Griechenland glänzen könne – Anpreisungen so schön, wie wenn man heute von Exzellenzinitiativen hört.⁶ Aber warum nimmt Sokrates kein Geld? In Xenophons *Memorabilien*⁷ erklärt er, er nehme keines, weil er sonst einen Schüler, der bezahlte, auch dann unterrichten müsste, wenn ihm der zuwider würde. Dieser Sokrates nimmt Armut in Kauf. Ihm geht es um die Bewahrung seiner Freiheit, nur mit denen zu verkehren, die seine Lehren aufzunehmen wirklich bereit sind; mit ihnen pflegt er das sokratische Gespräch, das nicht nur Wissensvermittlung, sondern, damit untrennbar verbunden, Ausdruck von Freundschaft, von Lebensgemeinschaft ist. Streng mit sich selbst darf er auch mahnen und erziehen. Platon lässt seinen Sokrates sich über die Sophisten mokieren, die sich mit ihrem Unterrichtserfolg brüsten und zugleich sich beklagen, dass einige Schüler die Bezahlung schon empfangenen Unterrichts verweigern. Da der Unterricht in einer Vermittlung von Tugend besteht: Was kann er wert sein, wenn der Schüler nicht einmal lernt, dass man seine Schulden zu bezahlen hat? Ein Sophist aber, Protagoras, weiß eine Antwort.⁸ Er, der so erfolgreich gewesen sein soll, dass er einer antiken Anekdote zufolge eine massive Goldstatue seiner selbst in Delphi aufstellen lassen konnte, nannte den Schülern den Preis, den sie für seinen Unterricht zu bezahlen hätten. Er stellte ihnen allerdings frei, wenn sie diesen zu zahlen nicht bereit waren, zu einem Tempel zu gehen und dort öffentlich und unter Eid zu erklären, wie viel der Unterricht für sie wert gewesen sei; diesen Betrag dann wirklich zu geben, wurden sie verpflichtet. Das Verfahren passte offenbar zur athenischen Tradition des öffentlichen freiwilligen Gebens für den Staat zur Finanzierung kultureller Leistungen wie von Theaterchören oder kriegerischen wie der Ausrüstung von Schiffen: Bei den Liturgien gab es einen Wetteifer des Gebens um der Ehre und des damit verbundenen Einflusses in der Stadt willen.⁹

Ungeachtet der sokratischen Reserve entstanden in Athen die Philosophenschulen, die bis in die Spätantike Studierende aus allen Teilen der grie-

6 Vgl. Platon, *Sämtliche Werke*, Bd. 1, Hippias major 282 d-e.

7 Vgl. Xenophon, *Erinnerungen an Sokrates*, I.6.5.

8 Vgl. Platon, *Sämtliche Werke*, Bd. 1, Protagoras 328 b-c.

9 Vgl. Schefold, »Platon und Aristoteles«.

chisch beeinflussten und später der römischen Welt anlockten und deren Unterrichtskosten durch Gebühren gedeckt wurden.¹⁰ Auch Aristoteles richtete eine Schule ein. Aber auch er meinte, für die Wahrheit könne es keinen Preis geben.¹¹

Offenbar müssen wir unterscheiden. Vom Nutzen des Erwerbs bekannter Künste und Fertigkeiten können wir uns ein Bild machen, und wenn ein Lehrer sie zu entsprechenden oder geringeren Kosten anderen vermitteln konnte, wird es auch bei einem selbst möglich sein, so dass sich beide Seiten unter Heranziehung der Erfahrung einigen können. Auf die Dauer – wenn sich die Übertreibungen eines Hippias erledigt haben – bildet sich ein Lohnniveau für vertrauenswürdigen Unterricht. Für die aristotelische reine Wahrheit gibt es keinen Preis, aber für die wiederholte Vermittlung von Wahrheiten. Je bedeutender der Wissenszuwachs, je tiefer die Bildung im Sinne einer Reifung und Veränderung der Persönlichkeit, desto komplexer die Vermittlung und desto schwieriger die Einschätzung ihres Werts, und es bleibt nur der Weg des Protagoras, auf die Ehre zu setzen, oder der noch radikalere des Sokrates, ohne Dazwischenkunft des Geldes auf den geistigen Austausch zwischen Meister und Jünger zu hoffen.

Es mag überraschen, aber die Vermittlung des Wissens als Gabentausch findet in elementaren Formen alltäglich und überall statt, wie ich kurz erläutern möchte – auf die erhabeneren Form der Bildung des Jüngers durch den Meister kommen wir am Schluss zurück. Mit Gabentausch meinen wir die unter Ethnologen viel diskutierte Tatsache, dass in Stammes- und archaischen Gesellschaften und in anderen Kulturen bis zu unserer in manchmal

10 Die Philosophen verstrickten sich auch in römischer Zeit noch in Widersprüche, wenn es um das Bezahlen ging. Die Stoa verlangte vom Weisen, dass er sich nicht vom Geld abhängig mache. Und doch empfahl Chrysipp, wie Plutarch, die Zeitgenossen im Blick, bezahle, Lohn von den Schülern entgegen zu nehmen, und zwar erst nach einiger Zeit, weil dies das vornehmere Verfahren (eugnomonesteron) sei. Allerdings sicherer (asphalesteron) erschien ihm das Einfordern zu Beginn (Nickel, *Stoa*, S. 767). Mit der den Epikuräern geziemenden Heiterkeit spricht dagegen Philodem von der Wünschbarkeit, Vermögen zu besitzen – es erwerben oder nur vermehren zu müssen, empfindet er schon als Gefährdung der durch Vermeidung aller Beschwerlichkeit lustvollen Lebensführung. Wie es anlegen? In der Vermietung von Häusern oder Sklaven? Nur, wenn es mit Anstand geschieht. Schöner ist der Landbesitz: Die Landbesitzer finden sich allabendlich beim gebildeten Gespräch in der Laube beisammen. Am schönsten (kalliston) aber sei es, wenn der Weise sein Geld mit wahrhaftigen, Spitzfindigkeiten und Zank vermeidenden Reden vor dafür empfänglichen Männern verdienen könne (Hartung, *Philodem's Abhandlungen über die Haushaltung und über den Hochmuth und Theophrast's Haushaltung und Charakterbilder*, S. 55).

11 Vgl. Hénaff, *Le prix de la vérité. Le don, l'argent, la philosophie*, S. 140 f.

sehr elaborierten traditionellen Formen Gaben getauscht werden, die typisch in verschiedene Ränge oder Klassen fallen, derart dass, wenn ich eine Gabe eines bestimmten Typs einem anderen gebe, erwarten darf, dass ich eine entsprechende Gegengabe früher oder später erhalte. Solche Tauschakte unterscheiden sich vom Verkauf einer Ware in mehrerer Hinsicht.¹² Für die Waren gibt es keine Ränge. Ihr Wert lässt sich stufenlos in Geld bemessen, und wenn die Ware verkauft wurde, sind die Kontrahenten aller Verpflichtungen ledig. Sie begegneten sich dabei, ungeachtet ihres sozialen Status, als Gleiche, und sie lernen durch die Transaktion übereinander nur, dass der andere wenigstens kein Räuber war. Die wesentliche Wirkung des Gabentauschs besteht dagegen darin, dass die beiden – Gastfreunde etwa – sich künftig einander verpflichtet fühlen. Die Ethnologie hat viel gerätselt, woraus die Verpflichtung zur Gegengabe wirklich erwächst und weshalb sie so mächtig ist, dass sie in der Regel tatsächlich erfolgt.¹³ Sie hat dazu beispielsweise die Angehörigen von Jäger- und Sammlerkulturen befragt, um den Zusammenhang mit religiösen, magischen, rechtlichen Vorstellungen zu erkunden. Aristoteles, der den Gabentausch ebenfalls behandelt, hält es für das größere Wunder, dass beim Geben einer vorangeht, und er empfindet die Tatsache, dass die Spontaneität des Gebens immer wieder auftaucht, als göttlich – um ihretwillen stelle man den Chariten, den Göttinnen der Anmut und des Dankes, Altäre auf.¹⁴ Zu den höchsten Tugenden zählt bei ihm die der großen Seele.¹⁵ Wer über sie verfügt, wird gerne und in großartiger Form zu geben wissen, sich treulich stets erinnern, was er von anderen empfing, aber bald vergessen, was er selber einmal gab. Diese megalopsychia gibt es glücklicherweise in der Wissenschaft auch. Sie besitzt der Forscher, der von seinen Ergebnissen frühzeitig anderen Mitteilung macht und dann hoffen darf, dass auch sie gelegentlich mit ihren neuen Geheimnissen herausrücken. Er ist bereit, viel Zeit für die Beratung seiner Schüler zu opfern und denkt dabei dankbar an die Lehrer, von denen er dieselbe Gunst einmal empfing. Zum Lob gehört auch der gelegentliche Tadel und zur Güte die Strenge, die zu ertragen der Schüler bereit sein muss. In solcher Freiwilligkeit (lateinisch: *liberalitas*) besteht die Freiheit überhaupt, meinte Aristoteles, denn den Sklaven wird befohlen.

12 Vgl. Gregory, *Gifts and Commodities*.

13 Vgl. Sahlins, *Stone Age Economics*.

14 Vgl. Schefold, »Platon und Aristoteles«.

15 Vgl. Schefold, »Spontaneous Conformity in History«.

Vieles, was bei den alten Griechen noch vorwiegend über Gabe und Gegengabe geregelt wurde, vollzieht sich heute über den Kauf und Verkauf von Dienstleistungen, aber es scheint klar, dass eine monetäre Bewertung des angedeuteten Wissensaustauschs nicht immer effizient wäre. Denn was soll ich bezahlen für ein Wissen, das ich noch gar nicht kenne? Zu Waren eignen sich am besten Gegenstände, die offen da liegen, so dass sich ihr Gebrauchswert erkennen lässt. Oft ist der Gebrauchswert aber nicht so leicht zu ergründen. Ein beliebtes Beispiel ist seit alters her die Preisbildung auf dem Pferdemarkt: ein Pferd mag schön aussehen, aber vielleicht lässt es sich nur schwer bändigen und der betrogene Käufer wird abgeworfen. Die heutigen Lehrbücher beziehen sich auf den Markt für gebrauchte Autos; vielleicht fahren sie noch jahrelang, vielleicht lassen sie sich schon morgen nicht mehr starten. In solchen Fällen ist die Information, wie der Ökonom derzeit sagt, zwischen Käufer und Verkäufer asymmetrisch verteilt, und wenn der Käufer fürchtet, der Verkäufer verheimliche ihm den Mangel der Ware, kommt kein Handel zustande. Das erstbeste Gegenmittel besteht darin, dass der Verkäufer sich den Ruf der Ehrlichkeit erwirbt. Diese Lösung nannte schon Cicero in *De officiis*,¹⁶ und die Moderne hat seither keine andere, höchstens eine kompliziertere Theorie gefunden. Wo aber ist die Information asymmetrischer verteilt als beim neuen Wissen? Wissen wird also nie, wie manche befürchten, zu einem handelbaren Gut wie jedes andere. Da beim neuen Wissen sonst kein Markt zustande kommt, wird die Spontaneität des Gebens zum Produktionsfaktor – ein Ergebnis, das der Wissenswirtschaft für alle Zeiten eine Schranke setzt. Die Gegengabe der Öffentlichkeit wird nicht immer erbracht – wird sie es, so besteht sie vorzugsweise in der Ehre.

Das Thema der Gegenseitigkeit beim Wissenstausch lässt sich noch ausspinnen. Der Philosoph Ricoeur hat darauf hingewiesen, der Gabentausch bedeute eine wechselseitige Anerkennung. Er setzt Vertrauen und einen sittlichen Rahmen schon voraus.¹⁷ Oft sind wir aber auf einen Dienstleistungshandel angewiesen, wo wir uns als einander Fremde mit einem gewissen Misstrauen begegnen. Über welches Wissen verfügt der Anwalt, dem ich die Vertretung in meinem meine Existenz bedrohenden Prozess anvertraue? Wenn mir sein Ruf keine genügende Sicherheit bietet, besteht eine Lösung in der Übernahme einer Haftung, die der seinerseits misstrauische Anwalt allerdings wieder durch Klauseln zu beschränken suchen wird. Haftungsregeln sind wissenswirtschaftliche Notbehelfe, um etwas in das Schema des

16 Vgl. Schefold, »Von den Pflichten«.

17 Vgl. Ricoeur, *La lutte pour la reconnaissance et l'économie du don*.